

Referat an der Amtsdirektorenkonferenz des Eidg. Departements des Innern vom 22. November 2002:
«Dix années au DFI : quel bilan, quelles perspectives?»

Werner Seitz, Bundesamt für Statistik

Die schweizerische Politiklandschaft in den neunziger Jahren: Wandel der Parteienlandschaft und Entwicklung der Frauenrepräsentation

Wie kaum in einem Jahrzehnt zuvor hat sich die Politik in den neunziger Jahren verändert. Bruno Schoch hat in seinem Referat von den grossen Veränderungen der internationalen Politik gesprochen und darauf hingewiesen, dass auch die Schweiz von diesem Prozess nicht verschont blieb. Besonders deutlich zeigt sich dies bei der Entwicklung der Parteien.

A. Der Wandel der Parteienlandschaft

Die Veränderung der Parteienlandschaft soll anhand von zwei Fragestellungen analysiert werden: (1) Welche *Parteien* haben in den neunziger Jahren Stimmen gewonnen und welche haben verloren, sowie: in welchen Regionen haben sie gewonnen und verloren? (2) Welche *Personen* wählen welche Parteien und veränderte sich in den neunziger Jahren die Wählerschaft der Parteien?

1. Gewinne und Verluste der Parteien in den neunziger Jahren

1.1: Vergleich der Parteistärken bei den Nationalratswahlen 1991 und 1999

Nationalratswahlen 1991 und 1999: Veränderung der Stärke der Parteien			
	1991	1999	Veränderung 1999 / 1991
FDP	21.0	19.9	- 1.1
CVP	18.0	15.9	- 2.1
SPS	18.5	22.5	+ 4.0
SVP	11.9	22.5	+ 10.6
LPS	3.0	2.3	- 0.8
PdA	0.8	1.0	+ 0.2
Grüne (GPS, FGA), PSA, Sol.	8.1	5.8	- 2.4
Kleine Rechtsparteien □ (SD, EDU, FPS, Lega)	10.8	4.8	- 6.0
LdU, EVP, CSP, übrige	7.8	5.4	- 2.4
Total	100.0	100.0	

Quelle: Bundesamt für Statistik

Beim Vergleich der Parteistärken bei den Nationalratswahlen 1991 und 1999 fallen namentlich drei Veränderungen auf:

- 1) Am augenfälligsten sind die *Gewinne der SVP* um fast 11 Prozentpunkte. Eine solche Steigerung der Parteistärke gab es noch nie seit 1919, der ersten Proporzwahl für den Nationalrat. Die SVP, welche seit ihrer Gründung immer die viert-stärkste Partei im Nationalrat war, wurde damit auf einen Schlag die wählerstärkste Partei.

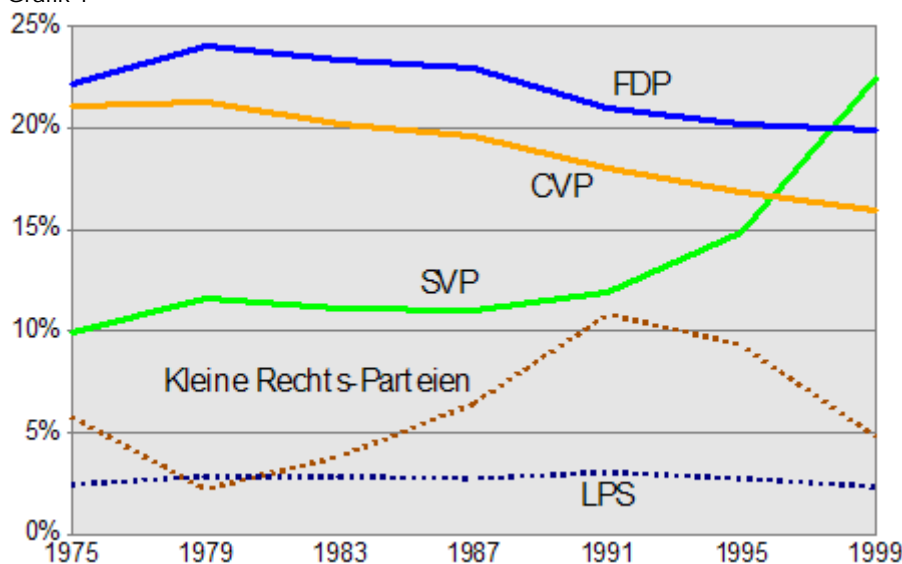
- 2) Die grossen Verliererinnen in den neunziger Jahren waren offensichtlich die *kleinen Rechtsparteien* (-6 Punkte auf knapp 5%).
- 3) *Die SPS* steigerte sich um 4 Prozentpunkte.

Um diese Veränderungen korrekt zu interpretieren, muss der *zeitliche Vergleichsrahmen erweitert* werden. Dabei ist es nötig, die Parteien in zwei Hauptblöcke aufzuteilen: in einen Block der bürgerlichen und kleinen rechten Parteien (FDP, CVP, LPS, SD, EDU, FPS, Lega) und in einen Block der linken und grünen Parteien (SPS, PdA, Grüne).

Die Entwicklung der Parteien innerhalb der beiden Blöcke stellt sich wie folgt dar:

1.2: Die Entwicklung der bürgerlichen und kleinen rechten Parteien (Nationalratswahlen 1975 – 1999)

Grafik 1



Quelle: Bundesamt für Statistik

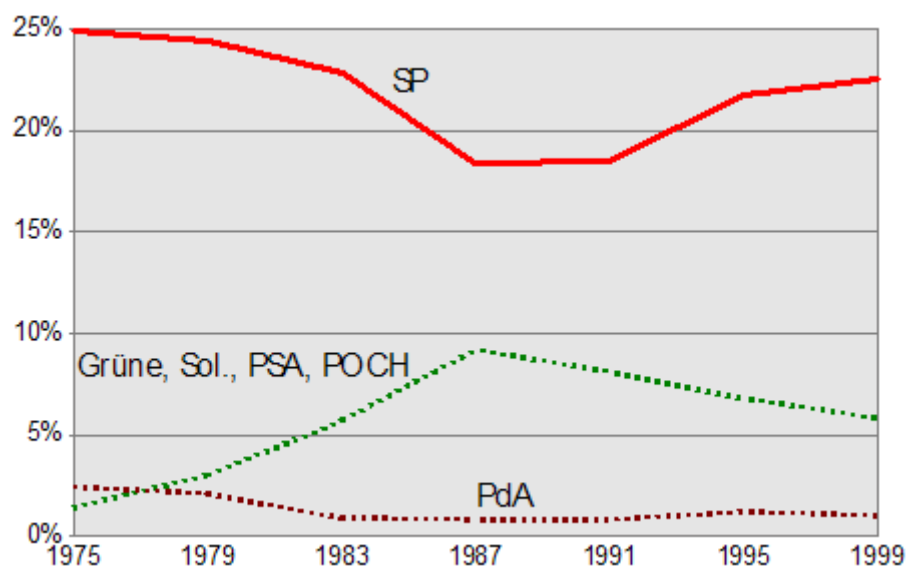
FDP und CVP erzielten ihre besten Ergebnisse der letzten zwanzig Jahre bei den Nationalratswahlen 1979; seither verlieren sie kontinuierlich von Wahl zu Wahl: Die FDP sank von einer Parteistärke von 24% auf unter 20%, die CVP von gut 21% auf unter 16%. Insgesamt haben diese beiden Parteien in den letzten zwanzig Jahren knapp 10 Prozentpunkte verloren. Für FDP und CVP sind die Ergebnisse von 1999 die schlechtesten seit den ersten Proporzwahlen (1919).

Profitiert von diesen Stimmenverlusten haben zwei verschiedene Parteien bzw. Parteigruppen:

- *In der achtziger Jahren* waren die grössten Profiteure *die kleinen Rechtsparteien*, v.a. die FPS (AP). Diese kleinen Gruppierungen steigerten sich von 1979 bis 1991 kontinuierlich von 2% auf fast 11%. Diesen Gewinnen von 9 Prozentpunkten entsprechen in den achtziger Jahren Verluste von FDP und CVP in der Grössenordnung von über 6 Prozentpunkten.
- *In den neunziger Jahren* setzte der *Siegeszug der SVP* ein, die fast fünfzig Jahre lang einen Stimmenanteil von 11% innegehabt hatte: Die SVP übernahm einerseits viele Wählende der kleinen Rechtsparteien, nachdem sie sich diesen kleinen Rechtsparteien inhaltlich angeglichen hatte. Sie hörte andererseits aber nicht auf, weiterhin die beiden grossen bürgerlichen Parteien CVP und FDP zu bedrängen und ihnen Stimmen abzunehmen. Mit diesem Powerplay wurde die SVP in den neunziger Jahren zur stärksten Partei.

1.3: Die Entwicklung der linken und grünen Parteien (Nationalratswahlen 1975 – 1999)

Grafik 2



Quelle: Bundesamt für Statistik

Die SPS erzielte ihr bestes Ergebnis der letzten Jahrzehnte bei den Nationalratswahlen 1975 (fast 25%); darauf verlor sie bis 1987 über einen Viertel aller Stimmen und brach auf gut 18% ein, dem schlechtesten Ergebnis ihrer Geschichte. Profiteure dieser Verluste waren per saldo die *Grünen*, die Ende der siebziger Jahre die politische Bühne betreten hatten.

In den achtziger Jahren transformierte sich die SPS in einem Prozess, der von Abspaltungen begleitet war, in eine Partei, welche neben sozialen neu auch feministische und ökologische Anliegen vertrat. Und dieser Transformationsprozess zeigte bald Wirkung: In den neunziger Jahren schon machte die SPS Terrain gut – weitgehend auf Kosten der Grünen, denen sie sich zum Teil angeglichen hat. Die Grünen blieben jedoch die stärkste Nicht-Bundesratspartei.

1.4: Der bürgerlich-rechte Block und der rot-grüne Block (1975–1999)

Diese Ausführungen über die Bewegungen innerhalb der beiden Blöcke verweisen auf eine *ausgeprägte Stabilität zwischen den Blöcken*. Der Block der linken und grünen Parteien bewegte sich in den letzten 28 Jahren zwischen 27–29%, der Block der bürgerlichen und Rechtsparteien zwischen 61–65%. Diese Stabilität der beiden Blöcke ist keine schweizerische Eigenheit: Der Politologe Klaus Armingeon stellt in einer Studie des BFS fest, dass sich das Verhältnis in Westeuropa zwischen dem linken und nicht-linken Block in den letzten Jahrzehnten um nur gerade einen Prozentpunkt verändert hat.

1.5: Die Wahlen in die kantonalen Parlamente (1975–1999; 2002)

Zur *Kontrolle*, ob die aufgezeigte Entwicklung der Parteienlandschaft nicht nur ein Artefakt des Wahlsystems ist, soll sie *mit den Ergebnissen der Wahlen in die kantonalen Parlamente verglichen* werden, bei denen gegen 2850 Sitze zu vergeben sind.

Der Befund ist offensichtlich: Bei den kantonalen Parlamentswahlen zeigen sich im Grossen und Ganzen die gleichen Entwicklungen wie bei den Nationalratswahlen:

Tabelle 2

Kantonale Parlamentsswahlen 1979 – 1999 (2002): Mandatsverteilung nach Parteien										
	1979	1983	1987	1991	1995	1999	1999	1999	2002	2002
							/ 1979	/ 1991		/ 1999
FDP	771	803	785	735	739	677	- 94	- 58	652	- 25
CVP	843	823	805	760	718	655	- 188	- 105	624	- 31
SVP	289	304	290	297	319	400	+ 111	+ 103	546	+ 146
LPS	104	126	120	116	128	114	+ 10	- 2	108	- 6
Kleine Rechtsparteien (SD, EDU, FPS, Lega)	32	19	52	95	117	85	+ 53	- 10	47	- 38
Bürgerliche Rechtsparteien	2'039	2'075	2'052	2'003	2'021	1'931	- 108	- 72	1'977	+ 46
SPS	598	568	520	540	555	591	- 7	+ 51	562	- 29
PdA	45	29	21	18	34	38	- 7	+ 20	33	- 5
Grüne (GPS, FGA), PSA, POCH, Sol.	33	58	129	175	136	137	+ 104	- 38	143	+ 6
Linksparteien und Grüne	676	655	670	733	725	766	+ 90	+ 33	738	- 28
LdU, EVP, CSP, übrige	156	149	157	146	142	121	- 35	- 25	103	- 18
Total	2'871	2'879	2'879	2'882	2'888	2'818			2'818	

Quelle: Bundesamt für Statistik

1.5.1: Die bürgerlichen und kleinen rechten Parteien

FDP und CVP büssten in den achtziger und neunziger Jahren massiv an Mandaten in den Kantonsparlamenten ein: Die FDP verlor von 1979 bis 1999 knapp 100 Mandate (von 771 auf 677), die CVP gar knapp 200 Mandate (von 843 auf 655). Dieser Trend hielt auch nach 1999 an: In den letzten drei Jahren hat die FDP nochmals 25 Mandate eingebüsst, die CVP gut 30.

Die kleinen Rechtsparteien steigerten sich in den achtziger und den frühen neunziger Jahren um fast 100 Mandate (von 19 auf 117). Seither verlieren sie wieder, und gegenwärtig (2002) haben sie noch knapp 50 Mandate inne.

Die SVP gewinnt seit Mitte der neunziger Jahren in noch nie gekanntem Ausmass: Verfügte sie in den kantonalen Parlamenten bis 1991 über rund 300 Mandate, so steigerte sie bis 1999 auf 400 – und in den letzten drei Jahren gar auf 546 (+ rund 150 Mandate).

1.5.2: Die linken und grünen Parteien

Die SP hatte 1979 rund 600 Mandate inne, verlor bis 1987 deren 80 und erreichte 1999 wieder rund 600 Mandate. In den letzten drei Jahren ist sie allerdings wieder leicht auf die Verliererstrasse geraten (- 29).

Die Grünen ihrerseits verfügten 1979, als erst wenige ihrer Kantonalparteien gegründet waren, über 25 Mandate; sie steigerten sich in den achtziger Jahren rasant und pendelten sich in den neunziger Jahren bei rund 130 Mandaten ein.

2. Die Wahlerfolge der SVP in den neunziger Jahren in regionaler Hinsicht

Die massiven Stimmengewinne der SVP in den neunziger Jahren fanden «flächendeckend» statt, wie ein Blick in die Kantone zeigt: Vergleichen wir die Kantonsresultate der Nationalratswahlen 1991 mit jenen von 1999, so war *die SVP 1999 in sämtlichen Proporzkantonen, in denen sie kandidierte, stärker als 1991* (es fehlte einzig NE). Die FDP dagegen war 1999 in 17 Kantonen schwächer als 1991, die CVP in 14 Kantonen. Die Stimmengewinne der SVP waren teilweise so stark, dass sie nun in 8 Kantonen die stärkste Partei ist, vor allem in der Ostschweiz und im Mittelland (ZH, BE, SZ, AR, SG, GR, AG, TG); der FDP bleiben noch 4 Kantone, in denen sie am stärksten ist, der CVP noch 7.

Die «flächendeckenden» Stimmengewinne sind auch auf der Karte mit den Bezirksergebnissen sichtbar: In fast allen Bezirken hat die SVP seit 1991 zugelegt (Verluste ergaben sich nur in wenigen Bezirken in BE, FR und VD).

Die Karte mit den Veränderungen der Parteistärke auf Bezirksebene 1999/1991 finden sich am Schluss des Textes

Auf der Karte sind nicht nur quantitative Aspekte des Wahlerfolgs der SVP sichtbar, sondern auch qualitative, welche eine Veränderung der SVP anzeigen:

- Markant ist, dass es der SVP als ehemaliger Partei der Reformierten gelungen ist, in die *katholischen Stammlande einzudringen* (SG, AI, LU, ZG, VS): 1999 wurde die SVP in St. Gallen stärkste Partei; in Luzern, Zug, Schwyz gewann sie im Vergleich zu 1991 mehr als 20 Prozentpunkte an Stimmen.
- Die SVP hat weiter als ehemalige Bauernpartei nun auch in den *Agglomerationen und in den Städten* Fuss gefasst (z.B. BS, aber auch in Genf und Lausanne), und holt dort unzufriedene Freisinnige und heimatlos gewordene traditionelle Sozialdemokraten ab.
- Schliesslich hat die SVP als einstige zur Hauptsache deutschsprachige Partei nun auch den Sprung in die *Romandie* geschafft: Zwar ist sie dort noch eine eher kleine Partei; wie jüngst die kantonalen Wahlen jedoch gezeigt haben, ist die SVP deutlich am Wachsen (z.B. in GE: +10 Mandate).

Hinweis: Im *Tessin* ist der Vormarsch der SVP weniger stark ausgefallen, weil dort die Lega dei Ticinesi mit ähnlichen politischen Forderungen seit 1991 eine Parteistärke von gegen 20% innehat.

3. Die Veränderung der Profile der Wählenden

Nachdem bisher die Wahlergebnisse auf Bezirks-, Kantons- und eidg. Ebene analysiert wurden, soll nun noch der Blick auf die Wählerinnen und Wähler gerichtet werden. Zwei Fragen sind dabei von Interesse: (1) Welche Partei vermochte ihre bisherigen Wählenden am besten zu halten, und welche Partei war am attraktivsten für Parteiwechsler und für Erstwählende? (2) Wie hat sich die soziodemographische Zusammensetzung der Wählenden der Parteien verändert? Für die Beantwortung dieser Fragen werden die «selects»-Umfragedaten zu den Nationalratswahlen verwendet.¹

3.1 Stamm-, Wechsel- und Neuwählende

Tabelle 3

Parteientscheid 1999 der Wählenden von 1995 und der Neuwähler und -wählerinnen						
Entscheid 1995	Entscheid 1999					
	SPS	CVP	FDP	SVP	andere Partei	keine Teilnahme
SPS	68%	3%	3%	4%	12%	10%
CVP	4%	72%	4%	7%	0%	14%
FDP	1%	3%	66%	11%	5%	14%
SVP	2%	2%	3%	77%	5%	11%
Neuwählende (1995 nicht gewählt)	22%	16%	15%	28%	19%	***

Quelle: Selects99, S. 14

Gemäss selects99 hat die SVP bei allen drei Typen am besten abgeschnitten:

- Die SVP hatte die meisten *StammwählerInnen*: 77%, die schon 1995 SVP gewählt hatten, wählten erneut SVP. Das heisst, die SVP hat ihre Wählenden offensichtlich nicht enttäuscht. Die Stammwählerwerte der anderen Parteien: CVP: 72%, SPS: 68%, FDP: 66%.
- Die SVP holte am meisten *WechselwählerInnen*: 22%, die 1995 FDP, CVP oder SPS gewählt hatten, wählten diesmal SVP (die konkreten Angaben: Die FDP verlor an die SVP 11%, die CVP 7% und die SPS 4%). So viele Wechselwähler hatten die anderen Parteien nicht; bei diesen bewegten sie sich pro Partei zwischen 1–4%.
- Die SVP hatte die meisten *Neuwählenden*. 28% der Neuwähler legten eine SVP-Liste ein. Die Werte der anderen Parteien: SPS: 22%, CVP: 16%, FDP: 15%.

¹ «selects» (=swiss electoral studies) ist ein gemeinsames wissenschaftliches Projekt der Universitäten Bern, Genf und Zürich, welches seit 1995 auf der Basis von 2000 Befragten die National- und Ständeratswahlen analysiert.

3.2 Die soziodemographische Zusammensetzung der Wählenden der Parteien

Tabelle 4

Nationalratswahlen 1999: Soziale Zusammensetzung der Wählende nach Parteien				
	FDP	CVP	SPS	SVP
Konfession				
protestantisch	55	17	52	54
katholisch	32	78	32	34
andere	4	1	3	3
keine Religion	9	5	13	9
Total	100	100	100	100
Bildungsstand				
tief	7	18	11	15
niedrig	50	57	38	62
hoch	43	25	51	23
Total	100	100	100	100
Einkommen				
bis 3'000 Franken monatlich	6	15	8	10
3'000 – 4'999 FR.	21	31	20	31
5'000 – 8'999 Fr.	40	38	43	44
9'000 Fr. und mehr	33	16	29	15
Total	100	100	100	100
Lesebeispiel:			Quelle: Selects 99 (Hirter 2000: 21)	
52% der Wählenden des SPS sind protestantisch, 32% sind katholisch ...				

Ich habe eingangs erwähnt, dass sich namentlich zwei Parteien stark verändert haben: die SPS in den achtziger Jahren und die SVP in den neunziger Jahren. Diese Veränderung der politischen Ausrichtung zeigt sich auch in der demographischen Zusammensetzung der Wählerschaft:

- War früher die SVP die Partei der ProtestantInnen (genauso wie die CVP die Partei der KatholikInnen ist), so hat sich die *SVP* in den neunziger Jahren aus der *konfessionellen* Klammer lösen können: Sie spricht nun KatholikInnen und ProtestantInnen im ähnlichen Ausmass an, wie SPS und FDP. Die CVP aber ist weiterhin hauptsächlich auf das katholische Milieu beschränkt.
- Die *SPS* war früher bekannt als die Partei der Arbeiter. Mit dem Wandel der SPS in den achtziger Jahren änderte sich dies:
Die Wählerschaft der SPS hat sich vor allem beim *Bildungsstand und dem Einkommen* jener der *FDP* angeglichen: Die SPS-Wählenden haben eine gute Ausbildung und verdienen relativ viel. Damit bestätigt sich, dass die SPS bei den traditionellen Arbeiterschichten an Unterstützung verloren und bei den neuen Mittelschichten gewonnen hat.
- In den Kreisen mit einer eher niedrigen Ausbildung und mit eher niedrigem Einkommen sind dagegen *CVP und SVP* verankert (darin spiegelt sich *auch* das regionale Verankerungsmuster der Parteien: SVP und CVP sind stärker als FDP und SPS auf dem Lande verankert und dort sind Bildungsniveau und Einkommen – aufgrund der wirtschaftlichen Struktur – anders als in den Zentren).

4. Die SVP bei den Volksabstimmungen in den neunziger Jahren

Der Siegeszug der SVP in den neunziger Jahren basierte u.a. auf einer intensiven Nutzung der direkten Demokratie; mittels Initiativen und namentlich in den Volksabstimmungen propagierte die SVP ihre Politik und setzte sich von den anderen grossen Bundesratsparteien (FDP, CVP und SPS) demonstrativ ab.

In populistischer Art kritisierte sie die «*classe politique*» und machte sich über sie lustig. Hauptthema der SVP war jedoch die Aussen- und Asylpolitik, in der sie ein Bild der autarken Schweiz beschwor, welche «*allein am stärksten*» sei; damit konnte sie namentlich jene Menschen ansprechen, welche einem traditionellen Bild der Schweiz anhängen, welche Angst vor den anstehenden grossen Veränderungen haben, und welche sich von den «*öffnungswilligen*» Parteien im Stich gelassen fühlen.

Seit 1992 vertrat die SVP *bei gut einem Fünftel der rund hundert Abstimmungsvorlagen eine andere Parole als die drei anderen Bundesratsparteien* – und sie war dabei überdurchschnittlich erfolgreich; unterstützt wurde die SVP von den kleinen Rechtsparteien inklusive der Lega dei Ticinesi.

- «*Gegen die classe politique*» mobilisierte der SVP vor allem bei Vorlagen, welche auf institutionelle Änderungen abzielten. Dreimal war sie erfolgreich:
 - Im Herbst 1992 wurden zwei Vorlagen, welche die Arbeitsbedingungen des Parlamentes erleichtert hätten, mit rund 70% verworfen (das Entschädigungsgesetz und das Infrastrukturgesetz); das Geschäftsverkehrsgesetz, über das gleichzeitig abgestimmt wurde, wurde allerdings angenommen.
 - Vier Jahre später wurde eine andere institutionelle Vorlage, das Regierungs- und Organisationsgesetz, mit 60% abgelehnt.
 Weniger erfolgreich war die SVP jedoch bei der Volksinitiative «für Beschleunigung der direkten Demokratie» (2000); nur 30% stimmten zu.
- Das grosse Thema der SVP war jedoch die *Aussenpolitik*, in der sie ebenfalls bei fünf Vorlagen alleine gegen die anderen drei Bundesratsparteien antrat: Bei zwei wichtigen Vorlagen war sie erfolgreich, bei den anderen mobilisierte sie weit über ihre Parteistärke hinaus:
 - Die beiden aussenpolitischen Vorlagen, welche die SVP verwerfen half, betrafen den Beitritt der Schweiz zum EWR (1992) und die Schaffung eines Kontingents von bewaffneten UNO-Blauhelm-Truppen (1994).
 - Sieben Jahre später vermochte die SVP zwar nicht mehr die bewaffneten Auslandseinsätze im Rahmen der UNO zu verhindern (2001), und auch der UNO-Beitritt wurde angenommen (2002); die SVP mobilisierte aber immerhin 45% und mehr gegen diese Vorlagen.
- Werte, die weit über ihre Parteistärke hinausgehen, erzielte die SVP ferner bei *asylpolitischen Vorlagen*: Namentlich ihrer Volksinitiative «gegen die illegale Einwanderung» (1996) stimmten 46% zu; die Volksinitiative «für eine Regelung der Zuwanderung» (18%) erhielt vier Jahre später 36%.²
- Etwas auf die Nase gefallen ist die SVP dagegen mit ihren *verkehrs- und drogenpolitischen Vorstellungen*:
 - Die SVP opponierte nicht nur gegen die Einführung und gegen die gesetzliche Umsetzung der leistungs- oder verbrauchsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA; 1994 und 1998), sondern auch gegen die Vorlage über die Förderung des öffentlichen Verkehrs (FINÖV, 1998). Sie mobilisierten jedoch bei diesen Vorlagen nur rund 35% Nein-Stimmende (LSVA 1998: 43%).
 - Die Volksinitiative «Jugend ohne Drogen» (1997) erhielt knapp 30% Ja-Stimmen; gegen den Bundesbeschluss über die ärztliche Verschreibung von Heroin stimmten 1999 immerhin gut 45%.

² Nachträglich kann nun auch noch die Asyl-Initiative der SVP genannt werden, über die am 24. November 2002 abgestimmt wurde (49,9% Ja-Stimmen).

Fazit zu den Veränderungen der Parteienlandschaft in den neunziger Jahren

Wie stellen sich nun diese Veränderungen der Parteienlandschaft in den neunziger Jahren im europäischen Umfeld dar? Der Politologe Klaus Armingeon hat in einer Studie des BFS über die Parteienentwicklung in der Schweiz und in Europa für die neunziger Jahre folgende Merkmale aufgeführt:

- Erstarben der Konservativen und Rechtsparteien
- Erstarben der ethnischen Parteien
- Etablierung der Grünen als neuer Partei, wobei sich die Grünen und die SPS stimmenmässig komplementär verhalten.

Diese Merkmale treffen weitgehend auf die dargestellte Veränderung der Parteienlandschaft in der Schweiz zu:

- Die SVP erstarkte in den neunziger Jahren massiv
- Zu Beginn der neunziger Jahre wurde die Lega dei Ticinesi gegründet; sie erzielte seither bei den Wahlen eine kantonale Parteistärke von gegen 20%.
- Die Grünen etablierten sich, trotz gewisser Stimmenverluste an die SPS in den neunziger Jahren, als stärkste Nicht-Bundesratspartei.

Die schweizerische Parteienlandschaft entwickelt sich also ähnlich wie die Parteienlandschaft in Westeuropa: Es gibt in der Parteienentwicklung *keinen Schweizer Sonderfall*.

Ausblick

Aufgrund der Ergebnisse der kantonalen Wahlen von 2000–2002, in denen die SVP nochmals massiv zulegte, und aufgrund der gegenwärtigen Situation, in der sich FDP und CVP befinden, ist zu erwarten, dass dieser Rechts-Trend noch etwas anhält.

B: Die Entwicklung der Frauenvertretung in den politischen Institutionen

In den neunziger Jahren hat sich der Anteil der gewählten Frauen in den politischen Institutionen so stark vergrössert wie noch nie zuvor, und zwar sowohl auf kantonaler wie auf nationaler Ebene, in Regierung und Parlament

1. Die Frauen in den politischen Institutionen: 1991 und 1999

Tabelle 5

Die Frauen in den politische Institutionen: 1991 und 1999			
	1991	1999	Veränderung 1999 / 1991
Bundesrat (n=7)		28.6	+ 28.6
Nationalrat (n=200)	17.5	23.5	+ 6.0
Ständerat (n=46)	8.7	19.6	+ 10.9
kantonale Parlamente (n=env. 2850)	15.2	24.1	+ 8.9
kantonale Regierungen (n=env. 162)	3.0	20.4	+ 17.4

Quelle: Bundesamt für Statistik

In sämtlichen Institutionen ist der Frauenanteil in den neunziger Jahren beträchtlich angestiegen: Am grössten war die Steigerung in den Kantonsregierungen (+17 Prozentpunkte) und im Ständerat (+11 Punkte), aber auch in den Kantonsparlamenten (+9 Punkte) und im Nationalrat (+6 Punkte) steigerte sich die Frauenvertretung. In den Bundesrat hielten in den neunziger Jahren zwei Frauen Einzug.

Mit diesem Wachstum von um 6–17 Prozentpunkten hat der Frauenanteil nun in sämtlichen Institutionen 20% oder mehr erreicht. Das ist noch lange nicht Parität – aber immerhin liegt nun mit diesen Werten die Schweiz im europäischen Vergleich *im ersten Drittel* (siehe dazu auch die Tabelle 8 am Schluss).

2. Die Frauenvertretung in den politischen Institutionen 1971 – 1999

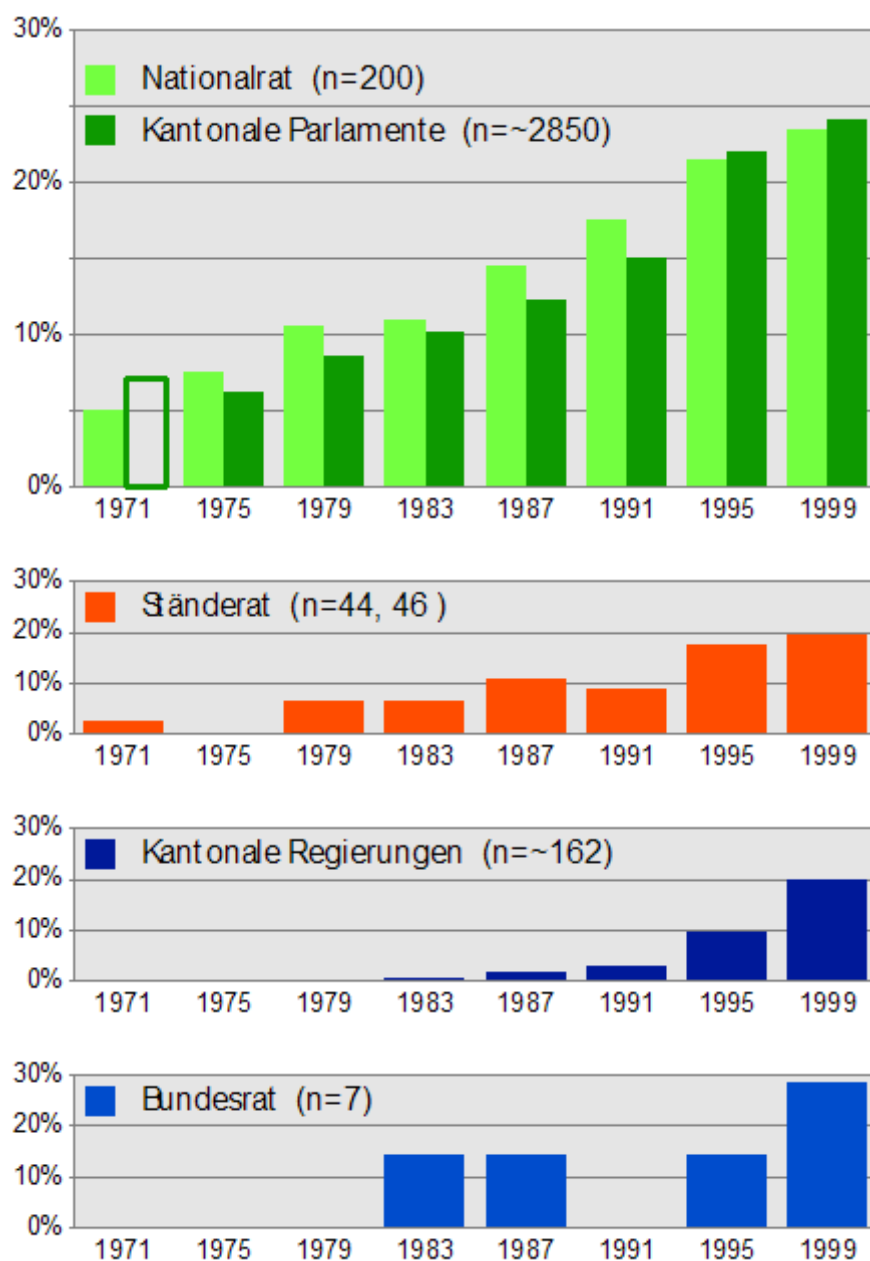
Um auch diese Entwicklung korrekt zu interpretieren, erweitern wir, wie oben bei der Analyse der Veränderung der Parteienlandschaft, den Blick in die siebziger und achtziger Jahre (vgl. Grafik 3 auf der folgenden Seite).

Dabei fallen zwei Entwicklungsmuster auf:

1. Im *Nationalrat* und in den *kantonalen Parlamenten* waren die Frauen von Anfang an (seit der Einführung des Frauenstimmrechts) präsent, und ihr Anteil steigerte sich in den folgenden Jahrzehnten kontinuierlich: von rund 5% (1971) auf rund 24%. Die Entwicklung verlief in beiden Institutionen ähnlich.
2. Später und langsamer ansteigend erfolgte die Einsitznahme der Frauen in den *Ständerat*, in die *kantonalen Regierungen* und in den *Bundesrat*. Eine namhafte Steigerung des Frauenanteils erfolgte erst in den neunziger Jahren.

Grafik 3:

Die Frauenvertretung in den politischen Institutionen 1971 – 1999



Quelle: Bundesamt für Statistik

Kurz-Erläuterung

- Im *Nationalrat* und in den *kantonalen Parlamenten* entwickelte sich die Frauenvertretung mehr oder weniger ähnlich: Der Frauenanteil steigerte sich seit 1971 kontinuierlich.
- In den *Ständerat*, in die *kantonalen Regierungen* und in den *Bundesrat* dagegen wurden die Frauen erst spät gewählt; eine namhafte Steigerung des Frauenanteils erfolgte erst in den neunziger Jahren.
 - In den drei Ständeratswahlen in den siebziger Jahren wurden insgesamt nur 4 Frauen in den *Ständerat* gewählt (die erste Ständerätin war 1971 die Genfer Freisinnige Lise Girardin, 1975 war keine Frau im Ständerat, und 1979 wurde 3 Frauen gewählt).
 - In die *Kantonsregierungen* und in den *Bundesrat* wurden die ersten Frauen erst in den achtziger Jahren gewählt (die erste Frau in einer Kantonsregierung war 1983 Hedi Lang, SP, ZH, die erste Bundesrätin 1984 Elisabeth Kopp, FDP, ZH).

Eine Erklärung für diesen Unterschied in der Frauenrepräsentation in den verschiedenen politischen Institutionen liegt prima vista im Wahlsystem: Der Nationalrat und die Kantonsparlamente werden meistens nach dem Proporzsystem gewählt, der Ständerat und die kantonale Regierungsräte meistens nach dem Majorzsystem. Daraus aber den Schluss zu ziehen, Proporzsysteme seien «frauenfreundlicher» als Majorzsysteme – wie dies hier und da zu lesen ist –, scheint etwas vorschnell. Zumindest für die Schweiz möchte ich die These aufstellen, dass bei Proporzsystemen die linken und grünen Parteien mandatsmässig leichter zum Zug kommen – und dass es diese linken und grünen Parteien sind, welche «frauenfreundlicher» sind.

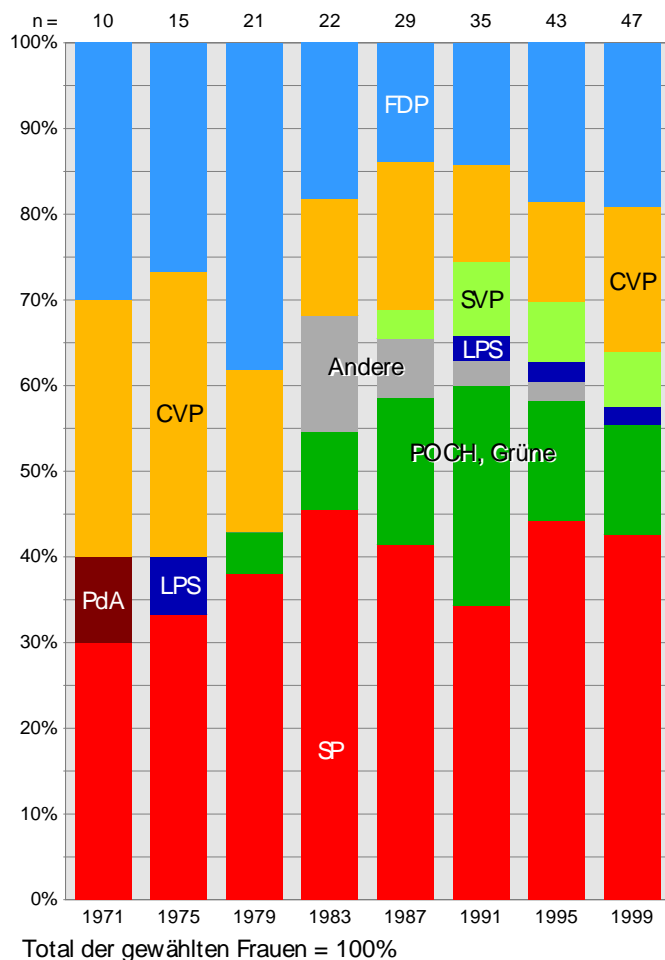
Im folgenden soll nun die Entwicklung der Frauenvertretung exemplarisch anhand der Nationalratswahlen («Proporzwahl») und der Regierungsratswahlen («Majorzwahl») aufgezeigt werden, wobei der Blick auf die parteipolitische Zugehörigkeit der gewählten Frauen gerichtet ist.

2.1. Die Frauen bei den Nationalratswahlen 1971 – 1999

Grafik 4 zeigt, dass jene Frauen, die bei den *Nationalratswahlen 1999* gewählt wurden, mehrheitlich (55 Prozent) der SPS oder den Grünen (GPS, FGA) angehörten, und nur 45 Prozent einer bürgerlichen Partei (FDP, CVP, SVP, LPS). Dieser parteipolitische Unterschied bei der Frauenvertretung wird noch grösser, wenn berücksichtigt wird, dass die bürgerlichen Parteien über die Mehrheit der Mandate im Nationalrat verfügen (64 Prozent), die SPS und die Grünen jedoch nur über 30 Prozent.

Grafik 4

Nationalratswahlen 1971 – 1999: Gewählte Frauen nach Parteien (Frauen = 100%)



Quelle: Bundesamt für Statistik

Diese *Polarisierung der Frauenvertretung* hat sich im Verlauf der achtziger Jahre herausgebildet. In den siebziger Jahren war das parteipolitische Verteilungsmuster anders: Zu dieser Zeit gehörten die meisten gewählten Frauen (90% oder mehr) einer der drei damals grossen Bundesratsparteien (FDP, CVP, SPS) an. In den achtziger Jahren stieg jedoch bei den rot-grünen Parteien die Zahl der gewählten Frauen – vor allem in der deutschsprachigen Schweiz –, während sie bei den bürgerlichen Parteien stagnierte oder kleiner wurde. In den neunziger Jahren entwickelten sich die bürgerlichen Parteien unterschiedlich: Bei der FDP und der CVP wuchs die Frauenvertretung unter den Gewählten, bei der SVP sank sie.

Der Vergleich der Frauenanteile in den einzelnen Parteien (Partei=100%) spiegelt diese Polarisierung noch deutlicher.

Tabelle 6

Nationalratswahlen 1971 – 1999: Anteil gewählte Frauen, nach Parteien (Partei = 100%)								
Partei	1971	1975	1979	1983	1987	1991	1995	1999
FDP	6.1	8.5	15.7	7.4	7.8	11.4	17.8	20.9
CVP	6.8	10.9	9.1	7.1	11.9	11.4	14.7	22.9
SPS	6.5	9.1	15.7	21.3	29.3	29.3	35.2	39.2
SVP	0.0	0.0	0.0	0.0	4.0	12.0	10.3	6.8
LPS	0.0	16.7	0.0	0.0	0.0	10.0	14.3	16.7
PdA, Sol.	20.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
POCH, Grüne			33.3	33.3	38.5	60.0	60.0	66.7
LdU, EVP, CSP, übrige	0.0	0.0	0.0	21.4	15.4	8.3	16.7	0.0
Frauen im Nationalrat in %	5.0	7.5	10.5	11.0	14.5	17.5	21.5	23.5

Quelle: Bundesamt für Statistik

Kurz-Erläuterung

- In den siebziger Jahren waren die Frauenanteile bei den grossen Parteien (FDP, CVP und SPS) etwa gleich gross.
- In den achtziger Jahren stieg er bei der SPS (und POCH, Grüne) deutlich an, während er bei den bürgerlichen Parteien FDP und CVP stagnierte oder gar rückläufig war.
- In den neunziger Jahren begann der Frauenanteil bei FDP und CVP wieder etwas anzusteigen; er überschritt 1999 die 20%-Grenze. Bei der SVP dagegen sank der Frauenanteil 1999 auf 7 Prozent.

Noch nie wurde eine Frau der Rechtsparteien (SD, EDU, Lega), der EVP und der CSP in den Nationalrat gewählt.

Trotz dieser Veränderungen in den neunziger Jahren (gestiegene Frauenanteile bei FDP und CVP) ist Ende der neunziger Jahre immer noch dieselbe parteipolitische Polarisierung wie in den achtziger Jahren festzustellen – allerdings auf höherem Niveau: Das parteipolitische Verteilungsmuster im Nationalrat zeichnet sich dadurch aus, dass sich die meisten gewählten Frauen bei der SPS und den Grünen finden, gefolgt von der FDP und der CVP. Dagegen weisen die SVP und insbesondere die Rechtsparteien nur niedrige Frauenanteile auf.

Hinweis: Dasselbe parteipolitische Verteilungsmuster zeigt sich auch bei den Wahlen in die kantonalen Parlamente (1971–2002). Bei diesen ist der Frauenanteil in den letzten drei Jahren (1999/2002) leicht gesunken (1999: 24,1%; 2002: 23,8%), was wohl mit den starken Gewinnen der SVP zusammen hängen dürfte.

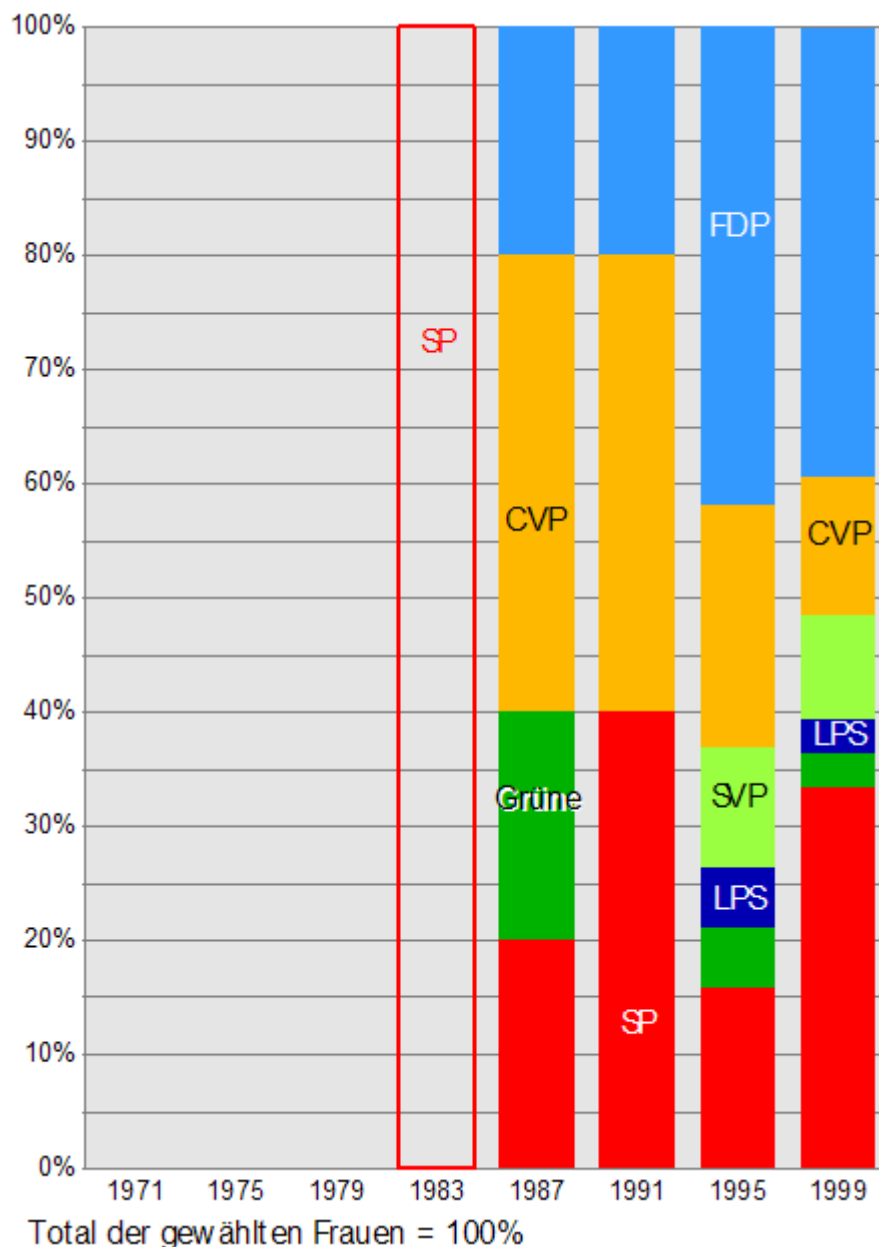
2.2. Die Frauen bei den kantonalen Regierungswahlen 1971 –1999

In den kantonalen Regierungen dauerte es lange, bis die erste Frau gewählt wurde. 1991 amtierten erst 5 Frauen in den Kantonsregierungen (gegen 160 Männer).

Seit 1995 aber stieg der Frauenanteil in den Regierungen stark an – und die treibende Kraft war hier die FDP: über 40% aller Regierungsrätinnen gehören gegenwärtig der FDP an.

Grafik 5

Wahlen in die kantonalen Regierungen 1971 – 1999:
Gewählte Frauen nach Parteien (Frauen = 100%)



Quelle: Bundesamt für Statistik

Die gute Position der FDP in Sachen Frauenrepräsentation in Regierungsämtern wird auch nicht in Frage gestellt, wenn – wie oben bei den Nationalratswahlen – der Anteil der Frauen in den Kantonsregierungen nach Parteien (Partei=100%) verglichen wird.

Tabelle 7

**Wahlen in die kantonalen Regierungen: 1971 – 1999 (2002):
Anteil der gewählten Frauen, nach Parteien (Partei = 100%)**

Kantonale Regierungswahlen 1983 – 2002: Anteil gewählte Frauen, nach Parteien (Partei = 100%)							
Partei	1983	1987	1991	1995	1999	2002	
FDP		2.0	2.0	16.0	27.7	27.3	
CVP		3.4	3.3	6.7	7.8	10.0	
SPS	3.2	3.4	6.9	10.7	36.7	34.5	
SVP		0.0	0.0	13.3	17.6	18.8	
LPS		0.0	0.0	14.3	16.7	42.9	
Grüne		50.0		50.0	25.0	20.0	
Total		3.0	3.0	11.4	20.4	21.3	
Anzahl							
gewählte Frauen	1	5	5	19	33	34	

Quelle: Bundesamt für Statistik

Kurz-Erläuterung

Werden die Anteile der gewählten Frauen in den Kantonsregierungen nach Parteien (Partei=100%) verglichen, so zeigt sich einerseits neben der FDP auch die SP verstärkt von ihrer «frauenfreundlichen» Seite, während andererseits die Probleme der CVP deutlich sichtbar werden, Frauen in Kantonsregierungen zu delegieren (10%). Das parteipolitische Verteilungsmuster in den kantonalen Regierungen zeichnet sich also dadurch aus, dass die gewählten Frauen meistens zur SPS und der FDP gehören.

Hinweis

Dasselbe parteipolitische Verteilungsmuster zeigt sich auch bei den Wahlen in den Ständerat (gegenwärtig gehören 7 der 9 Ständerätinnen der FDP an).

Fazit zur Entwicklung der Frauenvertretung in den politischen Institutionen in den neunziger Jahren

In den neunziger Jahren haben die Frauen in der Schweiz in sämtlichen politischen Institutionen (Parlament und Regierung) europäisches Niveau erreicht. Gemäss einer Zusammenstellung der Interparlamentarischen Union liegt die Schweiz gegenwärtig (2002) mit ihrem Frauenanteil auf Platz 11 (von 41); siehe Tabelle 8 auf dem folgenden Blatt.

Bei den kantonalen Wahlen von 2000–2002 ist der beeindruckende Anstieg der Frauenvertretung der neunziger Jahre allerdings ins Stocken geraten: In den Kantonsregierungen ist der Frauenanteil noch leicht angestiegen, in den Kantonsparlamenten aber ist er etwas kleiner geworden. Dies hat wohl mit dem politischen Rechtstrend zu tun, denn die Rechtsparteien portieren weniger Kandidatinnen, und die SVP-WählerInnen wählen weniger Frauen.

Vermutlich aber wird das Niveau der Frauenvertretung, welches Ende der neunziger Jahre erreicht wurde, nicht signifikant sinken. Immerhin haben die bürgerlichen Parteien FDP und CVP in den neunziger Jahren signalisiert, dass sie sich auch darum bemühen, ihren Frauenanteil zu steigern; und sie haben auch schon gewisse Erfolge erzielt. Es ist dennoch wichtig, dass die Diskussionen über die Untervertretung der Frauen in der Politik anhalten: 20-25% Frauenanteile sind zwar ein grosser Erfolg im Vergleich zu den 5-15%, wie sie zu Beginn der neunziger Jahre verzeichnet wurden – aber sie sind noch lange keine Parität.

Tabelle 8

Die Frauen in den europäischen Parlamenten (1999 / 2002)						
Land	Grosse Kammer			Kleine Kammer		
	Sitze	Frauen	Frauen in%	Sitze	Frauen	Frauen in%
Schweden	349	157	45.0	—	—	—
Dänemark	179	68	38.0	—	—	—
Finnland	200	73	36.5	—	—	—
Norwegen	165	60	36.4	—	—	—
Island	63	22	34.9	—	—	—
Niederlande	150	51	34.0	75	20	26.7
Deutschland	603	194	32.2	69	17	24.6
Spanien	350	99	28.3	259	63	24.3
Österreich	183	49	26.8	64	13	20.3
Bulgarien	240	63	26.3	—	—	—
SCHWEIZ	200	47	23.5	46	9	19.6
Belgien	150	35	23.3	71	20	28.2
Monaco	18	4	22.2	—	—	—
Kroatien	151	31	20.5	65	4	6.2
Polen	460	93	20.2	100	23	23.0
Portugal	230	44	19.1	—	—	—
England	659	118	17.9	713	117	16.4
Mazedonien	120	21	17.5	—	—	—
Tschechien	200	34	17.0	81	10	12.3
Luxemburg	60	10	16.7	—	—	—
San Marino	60	10	16.7	—	—	—
Andorra	28	4	14.3	—	—	—
Slovaquien	150	21	14.0	—	—	—
Irland	166	22	13.3	60	11	18.3
Moldavien	101	13	12.9	—	—	—
Slowenien	90	11	12.2	—	—	—
Frankreich	577	70	12.1	321	35	10.9
Fürstentum Liechtenstein	25	3	12.0	—	—	—
Zypern	56	6	10.7	—	—	—
Rumänien	345	37	10.7	140	8	5.7
Litauen	141	15	10.6	—	—	—
Bélarus	97	10	10.3	61	19	31.1
Italien	630	62	9.8	321	25	7.8
Malta	65	6	9.2	—	—	—
Ungarn	386	35	9.1	—	—	—
Griechenland	300	26	8.7	—	—	—
Ukraine	450	35	7.8	—	—	—
Russland	449	34	7.6	178	6	3.4
Jugoslawien	138	10	7.2	40	1	2.5
Albanien	140	8	5.7	—	—	—
Turkei	550	23	4.2	—	—	—

Quelle: Union interparlementaire -- Genève (Internet)

Literatur

- Bundesamt für Statistik, *Nationalratswahlen 1999: Der Wandel der Parteienlandschaft seit 1971 / Les élections au Conseil national de 1999: L'évolution du paysage politique depuis 1971*, Neuchâtel 1999.
- Bundesamt für Statistik, *Nationalratswahlen 1999: Die Frauen bei den Nationalratswahlen 1999. Entwicklung seit 1971 / Les élections au Conseil national de 1999: Les femmes et les élections au Conseil national de 1999. Evolution depuis 1971*, Neuchâtel 2000.
- Bundesamt für Statistik, *Nationalratswahlen 1999: Übersicht und Analyse. Anhang: Ständeratswahlen 1998/99 / Les élections au Conseil national de 1999: Aperçu et analyse. En annexe: Les élections au Conseil des Etats de 1998/99*, Neuchâtel 2002 (im Erscheinen).
- Bundesamt für Statistik, *Nationalratswahlen 1991: Der lange Weg ins Parlament. Die Frauen bei den Nationalratswahlen von 1971 bis 1991 (Anhang: Frauen in den kantonalen Parlamenten 1961–1994)*, Bern 1994.
- Hirter, Hans, *Wahlen 1999. Zusammensetzung und politische Orientierung der Wählerschaft bei den eidgenössischen Wahlen 1999. «Swiss electoral studies» (selects), Band 4.*, Bern/Genf/Zürich, 2000.
- Kriesi, Hanspeter; Linder, Wolf; Klöti, Ulrich (Hg.), *Schweizer Wahlen 1995. «Swiss electoral studies» (selects), Band 2.*, Bern/Stuttgart/Wien, 1998.
- Seitz, Werner, «Die Frauen bei den Nationalratswahlen 1971–1991 aus statistischer Sicht», in Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft (Hg.), *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, Band 34: Frauen und Politik*, Bern 1994, S. 225–249.
- Seitz, Werner, «Die Frauen bei den Nationalratswahlen 1999: Die Schritte in Richtung Gleichstellung werden kleiner (mit einem Exkurs zu den Frauen bei den Ständeratswahlen 1998/1999 und bei den Wahlen in die kantonalen Regierungen und Parlamente; Stand: Ende 1999)», in Eidg. Kommission für Frauenfragen (Hg.), *Frauenfragen / Questions au féminin / Problemi al Femminile*, 2000, Nr. 1, S. 13–22.
 «Les femmes et les élections au conseil national de 1999: Vers l'égalité, à petits pas». Avec un supplément consacré aux femmes dans le cadre des élections au Conseil des Etats 1998/1999 et des élections cantonales (état: fin 1999), en Commission fédérale pour les questions féminines (éd.), *Questions au féminin / Problemi al Femminile / Frauenfragen*, 2000, no. 1, p. 23–32.

1. Freisinnig-Demokratischen Partei, Nationalratswahlen

Zu-/Abnahme der Stärke der fdp, zwischen 1991 und 1999

Zu-/Abnahme der Zahl der Wählenden der FDP, zwischen 1991 und 1999:

Augmentation/Diminution du nombre d'électeurs 'PRD', entre 1991 et 1999:

Prgm=Appli:ct02:Kult02:Nrw:prgm:Lx_Nrw01_kb9199.cmd + sPrgm= / Medi=FH

StatDaten=s:nrw-parteien99_kb00.tab, 185 units

Zones=G:G_K4:K4_9009a:K4kb00Vf_ch2000.plg + Pts=KK9099_BzHptorte1a.pts

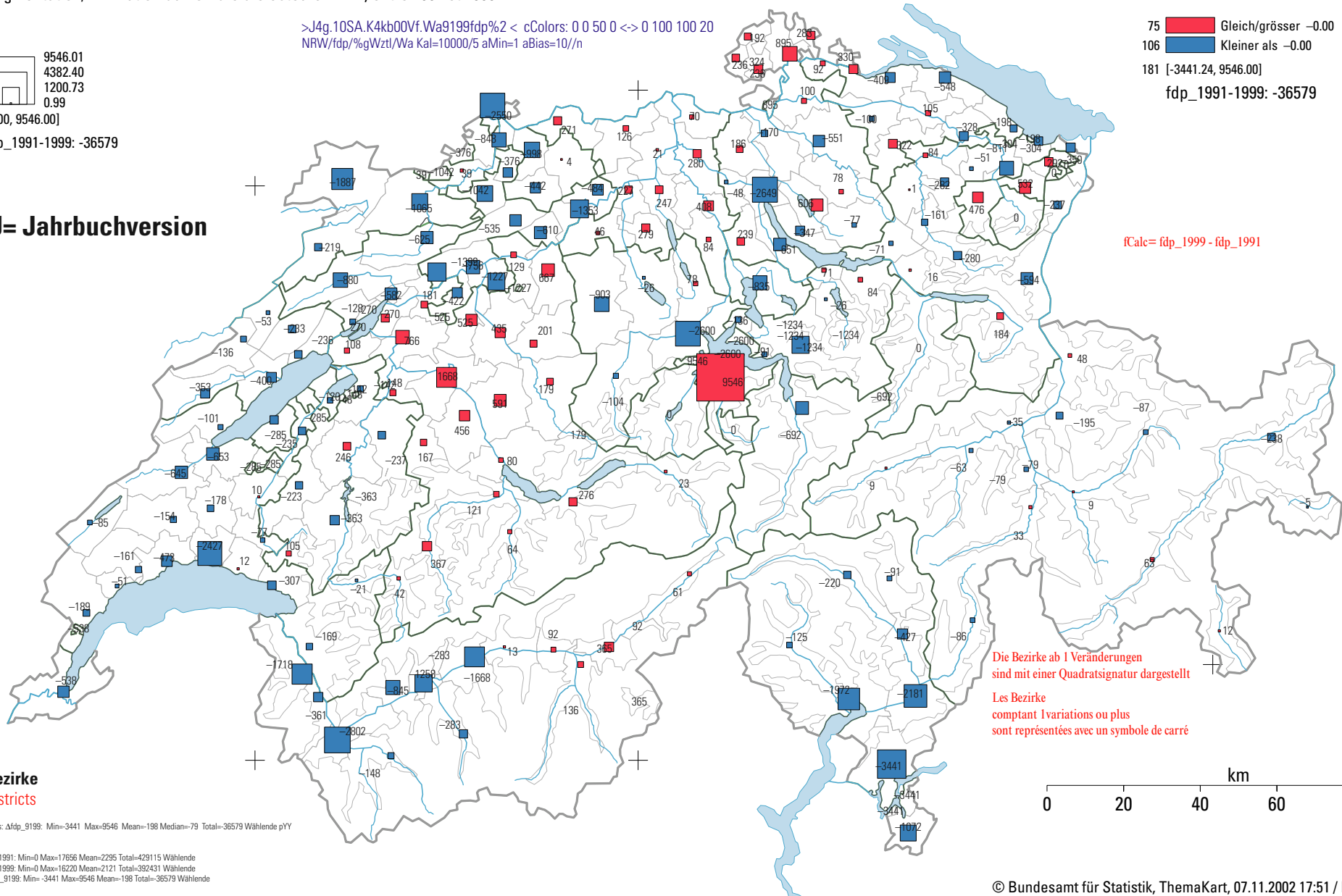
>J4g.10SA.K4kb00Vf.Wa9199fdp%2 < cColors: 0 0 50 0 <-> 0 100 100 20
 NRW/fdp/%gWztl/Wa Kal=10000/5 aMin=1 aBias=10/n



[0.00, 9546.00]

fdp_1991-1999: -36579

J= Jahrbuchversion



75 Gleich/grösser -0.0
 106 Kleiner als -0.0
 181 [-3441.24, 9546.00]
 fdp_1991-1999: -36579

fCalc= fdp_1999 - fdp_1991

Die Bezirke ab 1 Veränderung sind mit einer Quadratsignatur dargestellt
 Les Bezirke comptant 1 variations ou plus sont représentées avec un symbole de carré

Bezirke
 Districts

aVars: Δfdp_9199: Min=-3441 Max=9546 Mean=-198 Median=-79 Total=-36579 Wählende pYY

fdp_1991: Min=0 Max=17656 Mean=2295 Total=429115 Wählende
 fdp_1999: Min=0 Max=16220 Mean=2121 Total=392431 Wählende
 Δfdp_9199: Min=-3441 Max=9546 Mean=-198 Total=-36579 Wählende

CARTHEMA

© Bundesamt für Statistik, ThemaKart, 07.11.2002 17:51 / lm

2. Christlichdemokratische Volkspartei, Nationalratswahlen

Zu-/Abnahme der Stärke der cvp, zwischen 1991 und 1999

Zu-/Abnahme der Zahl der Wählenden der CVP, zwischen 1991 und 1999:

Augmentation/Diminution du nombre d'électeurs 'PDC', entre 1991 et 1999:

Prgm=Appli:ct02:Kult02:Nrw:prgm:Lx_Nrw01_kb9199.cmd + sPrgm= / Medi=FH

StatDaten=s:nrw-parteien99_kb00.tab, 185 units

Zones=G:G_K4:K4_9009a:K4kb00Vf_ch2000.plg + Pts=KK9099_BzHptorte1a.pts

>J4g.10SA.K4kb00Vf.Wa9199cvp%2 < cColors: 0 0 50 0 <-> 0 100 100 20
 NRW/cvp/%gWztl/Wa Kal=10000/5 aMin=1 aBias=10//n

4859.00
 1325.69
 0.99
 [0.00, 4859.00]
 cvp_1991-1999: -55372

J= Jahrbuchversion

66 ■ Gleich/grösser 0.00
 98 ■ Kleiner als 0.00
 164 [-4859.00, 981.73]
 cvp_1991-1999: -55372

fCalc= cvp_1999 - cvp_1991

Die Bezirke ab 1 Veränderung
 sind mit einer Quadratsignatur dargestellt
 Les Bezirke
 comptant 1 variations ou plus
 sont représentées avec un symbole de carré

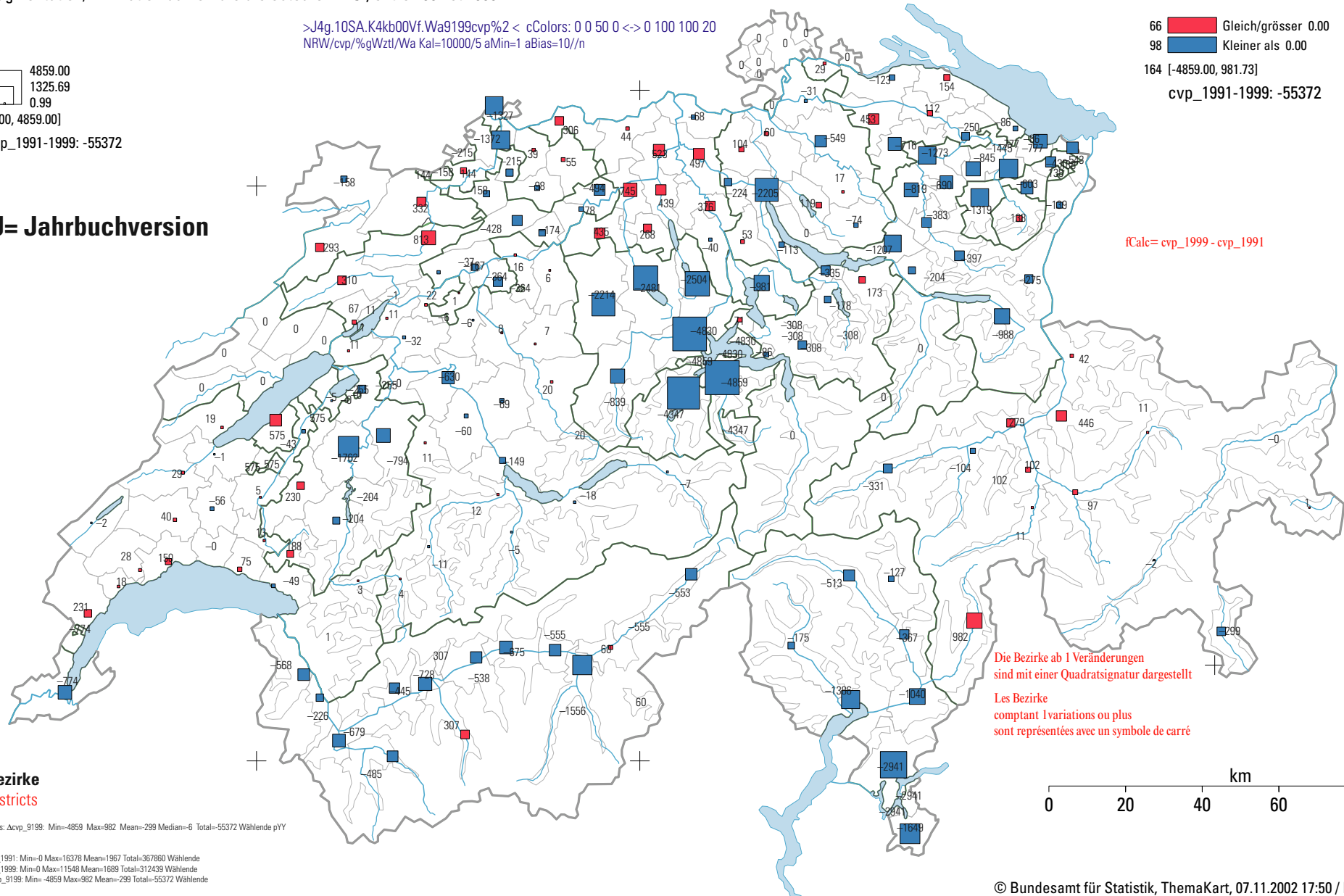
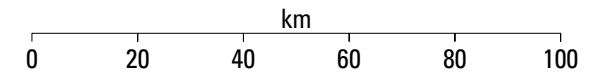
Bezirke
 Districts

aVars: Δcvp_9199: Min=-4859 Max=982 Mean=-299 Median=6 Total=-55372 Wählende p1Y

cvp_1991: Min=0 Max=16378 Mean=1967 Total=367860 Wählende
 cvp_1999: Min=0 Max=11548 Mean=1689 Total=312439 Wählende
 Δcvp_9199: Min=-4859 Max=982 Mean=-299 Total=-55372 Wählende

CARTHEMA

© Bundesamt für Statistik, ThemaKart, 07.11.2002 17:50 / Im



3. Sozialdemokratischen Partei, Nationalratswahlen

Zu-/Abnahme der Stärke der sps, zwischen 1991 und 1999

Zu-/Abnahme der Zahl der Wählenden der SPS, zwischen 1991 und 1999:

Augmentation/Diminution du nombre d'électeurs 'PSS', entre 1991 et 1999:

Prgm=Appli:ct02:Kult02:Nrw:prgm:Lx_Nrw01_kb9199.cmd + sPrgm= / Medi=FH

StatDaten=s:nrw-parteien99_kb00.tab, 185 units

Zones=G:G_K4:K4_9009a:K4kb00Vf_ch2000.plg + Pts=KK9099_BzHptorte1a.pts

>J4g.10SA.K4kb00Vf.Wa9199sps%2 < cColors: 0 0 50 0 <> 0 100 100 20
 NRW/sps/%gWztl/Wa Kal=10000/5 aMin=1 aBias=10/n



[0.00, 8787.08]

sps_1991-1999: 64822

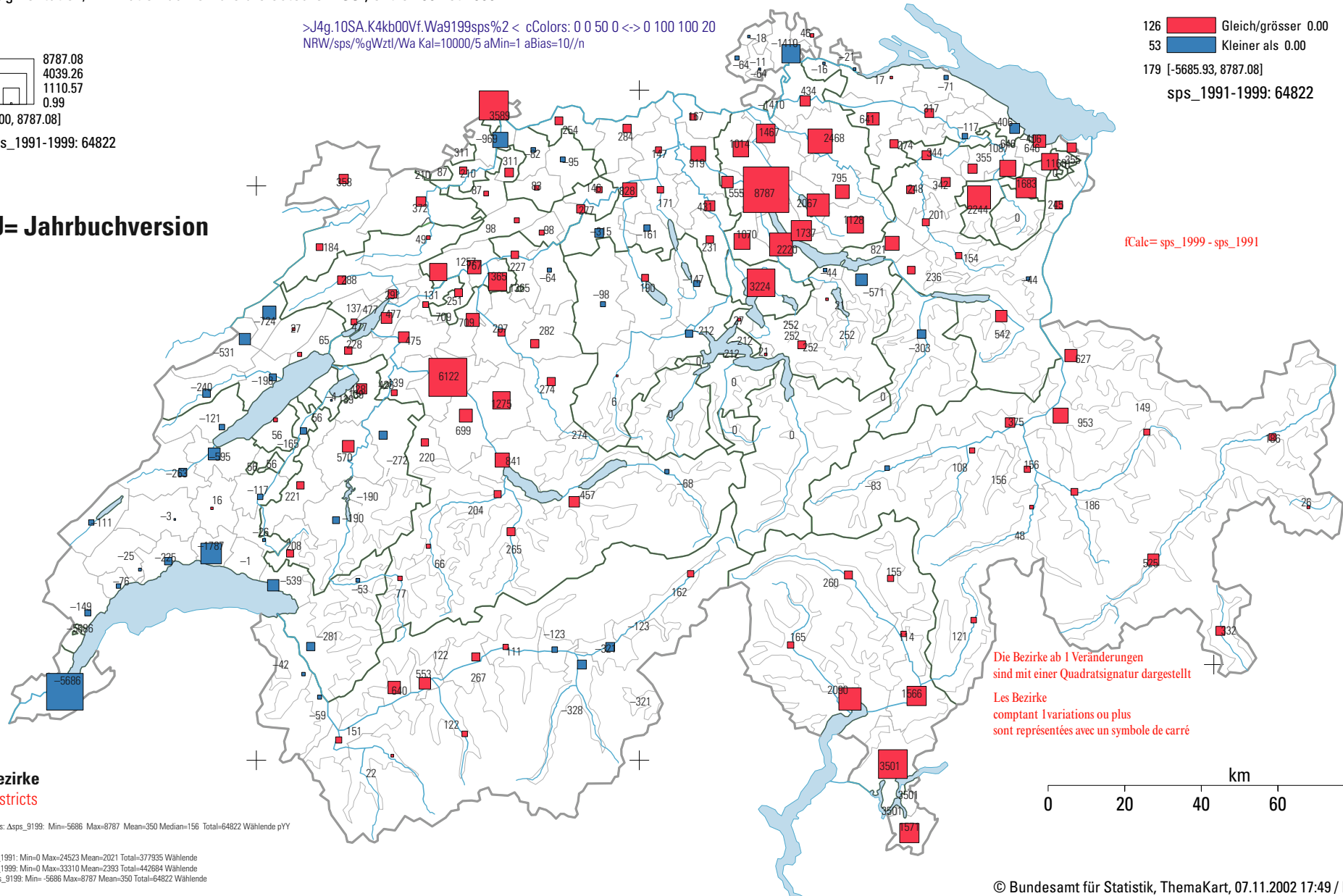
126 ■ Gleich/grösser 0.00

53 ■ Kleiner als 0.00

179 [-5685.93, 8787.08]

sps_1991-1999: 64822

J= Jahrbuchversion



fCalc= sps_1999 - sps_1991

Die Bezirke ab 1 Veränderung
sind mit einer Quadratsignatur dargestellt

Les Bezirke
comptant 1 variations ou plus
sont représentées avec un symbole de carré

Bezirke
Districts

aVars: Δsps_9199: Min=-5686 Max=8787 Mean=350 Median=156 Total=64822 Wählende pYY

sps_1991: Min=0 Max=24523 Mean=2021 Total=377935 Wählende

sps_1999: Min=0 Max=33310 Mean=2393 Total=442684 Wählende

Δsps_9199: Min=-5686 Max=8787 Mean=350 Total=64822 Wählende

CARTHEMA

© Bundesamt für Statistik, ThemaKart, 07.11.2002 17:49 / Im

4. Schweizerischen Volkspartei, Nationalratswahlen

Zu-/Abnahme der Stärke der svp, zwischen 1991 und 1999

Zu-/Abnahme der Zahl der Wählenden der SVP, zwischen 1991 und 1999:

Augmentation/Diminution du nombre d'électeurs 'udc', entre 1991 et 1999:

Prgm=Appli:ct02:Kult02:Nrw:prgm:Lx_Nrw01_kb9199.cmd + sPrgm= / Medi=FH
 StatDaten=s:nrw-parteien99_kb00.tab, 185 units
 Zones=G:G_K4:K4_9009a:K4kb00Vf_ch2000.plg + Pts=KK9099_BzHptorte1a.pts

